

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturufen hinwiegend wird. Erfüllungsort Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Bezugspr.: Monatl. d. Post A 120 einchl. 18 P. Beförd.-Geb., zur 36 P. Zustellungsgeb.; d. Wg. A 140 einchl. 20 P. Austrägergeb.; Einzeln. 10 P. Bei Nichterscheinen der Zeit. inf. d. h. d. Gewalt ab. Betriebskz. bezieht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg./Telegr.: „Tannenbl.“/Tel. 821.

Nummer 220

Altensteig, Donnerstag, den 21. September 1933

56. Jahrgang

Änderung in der Arbeitslosenhilfe

Befreiung der Landwirtschaft — Weitere finanzielle Entlastung der Gemeinden

Berlin, 20. Sept. Die Reichsregierung hat ein Gesetz über Änderungen der Arbeitslosenhilfe beschlossen, das nächstens im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird. Dieses Gesetz bringt zunächst die Herabsetzung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenschifffahrt einschließlich der Fischerei und der Küstenschifffahrt aus der Arbeitslosenversicherung. Mit der Befreiung von der Verpflichtung entfällt für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der betroffenen Berufe die Pflicht, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu leisten. Bei der Erleichterung, die das Gesetz hiernach den betroffenen Arbeitgebern bringt, muß erwartet werden, daß diese Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer in diesem Winter weitgehend durchhalten werden. Soweit Arbeitslose dieser Berufe bis zum 30. Dezember 1933 die Anwartschaft auf die Leistungen der Arbeitslosenhilfe bereits erworben haben, werden ihre Ansprüche durch die Neuregelung nicht berührt. Der Begriff der Landwirtschaft ist in dem Gesetz genau umschrieben. Dabei ist die bisher umstrittene Frage, ob der Gartenbau zur Landwirtschaft zu rechnen ist, in bejahendem Sinne entschieden.

In weiteren Vorschriften wird die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe zum Teil neu geregelt. Während die Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung bisher zu vier Fünfteln das Reich und zu einem Fünftel die Gemeinden getragen haben, fallen die Kosten der Arbeitslosenversicherung in Zukunft der Reichsregierung für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Last. Damit sind die Gemeinden künftig an dem Aufwand der Arbeitslosenversicherung nicht mehr beteiligt. Auch Reichsminister werden hierfür nicht mehr zur Verfügung gestellt. Abgesehen von der Entlastung der Gemeinden bringt die Bestimmung eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung.

Endlich ist die Eigenlast der Gemeinden für die anerkannten Wohlfahrtsvereine für die Zeit vom 1. Oktober 1933 bis 31. März 1934 auf monatlich 26,666 Millionen RM. festgesetzt. Durch diese Bestimmung werden die bisherigen Lasten der Gemeinden für diese Aufgaben entsprechend dem dringenden Bedürfnis der Gemeinden herabgesetzt. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1933 in Kraft treten.

Ein Anruf Dr. Leys zur Winterhilfe

Berlin, 20. Sept. Dr. Ley hat folgenden Aufruf erlassen: „Wir bereits angekündigt, findet im Rahmen des großen Propagandazuges des Reichspropagandaministeriums gegen Hunger und Kälte ein Werbebesuch der Deutschen Arbeitsfront statt. Unter dem Motto: Wir gehen in die Betriebe, darf in diesen Wochen kein Betrieb Deutschlands unberührt bleiben. Ich selbst werde in Zusammenarbeit mit den Führern der Gesamtverbände der Deutschen Arbeitsfront Tag für Tag unterwegs sein und erwarte, daß alle Dienststellen und Redner der Deutschen Arbeitsfront das gleiche tun. Wir wollen den arbeitenden Menschen im Betrieb die Hand drücken. Es muß wahr werden: In diesem Winter darf kein Volksgenosse hungern und frieren. Die früheren Reichshäupter führten das Wort Sozialismus auf den Lippen, wir wollen es in die Tat umsetzen. Vorwärts mit Hitler gegen Hunger und Kälte!“

Fünf Jahre „Graf Zeppelin“

Zum fünftenmal fährt sich am Mittwoch der Tag, an dem das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu seiner ersten Fahrt aufgestiegen ist. Seitdem hat es über 300 lange und kurze Reisen, darunter eine Weltreise, eine Arktisfahrt und nicht weniger als 48 Ozeanüberquerungen ausgeführt. Es hat dabei insgesamt rund 600 000 Kilometer zurückgelegt und zusammen 17 500 Personen, 37 000 Kilo Fracht und 20 000 Kilo Post befördert. Mehr als 70 000 Stunden war es in der Luft und hat die verschiedensten meteorologischen und klimatischen Zonen durchfahren. Das ist eine Leistung, wie sie in der Geschichte der Luftfahrt ihresgleichen sucht. Besonders ist dabei hervorzuheben, daß nach fünfjähriger Dienstzeit Konstruktion, Maschinen usw. sich in ausgezeichnetem Zustand befinden und auch in Zukunft die gleiche Zuverlässigkeit gewährleisten, die das Luftschiff bisher ausgezeichnet hat.

Die Deutsche Seewarte teilt mit, daß sich „Graf Zeppelin“ am Dienstag 19.30 Uhr MEZ über Pernambuco befand. Um 20.45 Uhr MEZ war „Graf Zeppelin“ gelandet. Die Fahrtbauer von Friedrichshafen nach Pernambuco betrug 72 Stunden.

Der Führer spendet 5000 RM. für Dörschelbrunn

Berlin, 20. Sept. Zur Vinderung der Not der durch das Ständungslied in Dörschelbrunn Geschädigten hat der Reichskanzler 5000 RM. zur Verfügung gestellt.

Erste Tagung des Generalrates der Wirtschaft

Gefundung der Gemeindefinanzen — Energetische Weiterführung der Arbeitsbeschaffung

Berlin, 20. September. Amtlich wird mitgeteilt: Am Mittwoch tagte der Generalrat der Wirtschaft zunächst unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt, am Nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers.

Vor Beginn der Verhandlungen umriß der Reichswirtschaftsminister zunächst nochmals kurz die Aufgaben des Generalrates der Wirtschaft. Der Generalrat ist nach den Absichten der Reichsregierung als ein kleiner Kreis von Persönlichkeiten gedacht, der die Reichsregierung schnell und tatkräftig zu beraten in der Lage ist.

Seine Mitglieder sind daher einzig und allein nach ihrer persönlichen Eignung ausgewählt. Die Mitglieder sollen sich — darauf legt die Reichsregierung entscheidenden Wert — nicht als Vertreter bestimmter Wirtschaftsinteressen fühlen; sie sollen die Gesamtwirtschaft vertreten und der Reichsregierung als Vertreter der deutschen Volkswirtschaft beratend zur Seite stehen. Sie sollen ferner die Wirtschaft unmittelbar beraten und durch Anregungen fördern.

Im Anschluß hieran gab der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt dem Generalrat den umfassenden Wirtschaftspland der Reichsregierung bekannt.

Danach hat die Reichsregierung den Generalrat im gegenwärtigen Augenblick einberufen, um mit ihm neue grundlegende Pläne zu beraten, die dem Ziele einer weiteren nachhaltigen Besserung der Wirtschaftslage Deutschlands dienen. Im Januar d. J. betrug die Zahl der Arbeitslosen über sechs Millionen. Sie ist bis heute um 2 Millionen gesunken. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hatte nach der Monatsstatistik der Krankenkassen im Januar 1933 mit 11,5 Millionen den tiefsten Stand erreicht. Heute sind wieder etwa 13 1/2 Millionen Beschäftigte im Arbeitsprozeß. Im August d. J. um nur eine Vergleichszahl zu nennen, waren über eine Million Volksgenossen mehr beschäftigt als im August 1932. Von den über 2 Millionen Arbeitskräften, die in den letzten acht Monaten eingestellt wurden, verdanken allein etwa 300 000 ihre Beschäftigung unmittelbar den Arbeitsbeschaffungsmahnahmen des Reiches, der Reichsbahn und der Reichspost. Ich darf hier hervorheben, daß die Reichsregierung bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Landwirtschaft und der Bauwirtschaft besondere Pflege hat angedeihen lassen. Schon zwei Monate nach der Übernahme der Regierung durch die nationale Revolution hatte die Beschäftigung auf dem Baumarkt den Vorjahresstand weit überschritten. Diese kräftige Aufwärtsbewegung hat sich inzwischen in wirksamer Weise fortgesetzt.

Dieser Aufschwung hat sich erfreulicher Weise auch der Landwirtschaft mitgeteilt. Deutschland wird in steigendem Maße durch seine heimische Landwirtschaft versorgt. Auf wichtigen Gebieten ist es schon heute Selbstversorger. Diese Entwicklung wird sich durch weitgehende Regierungsmahnahmen zum Schutze der heimischen Produktion sehr rasch fortsetzen. Der Belebungs der Wirtschaft kann das deutsche Volk klar entnehmen, daß die Reichsregierung mit ihren Maßnahmen auf dem rechten Wege ist. Alle Erfolge können und sollen das deutsche Volk aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß erst die erste Etappe der Arbeitsbeschaffung gewonnen ist und daß noch ein weiter Weg bis zum endgültigen Sieg über die wirtschaftliche Not zurückzulegen ist. Die Reichsregierung hat daher mit dem Generalrat der Wirtschaft neue Pläne beraten, die eine weitere organische Besserung der Wirtschaftslage zum Ziele haben. Wir erwarten dabei, wie ich schon hervorhob, die Gefundung der Wirtschaft auf die Dauer nicht von einer härteren Betätigung des Staates in der Wirtschaft, sondern von der wieder wachsenden Initiative der Unternehmungen. Das bedeutet aber nicht, daß der Staat untätig sein dürfte.

Daraus ergeben sich klar folgende Grundlinien des Planes, den die Reichsregierung nach der heutigen Beratung mit dem Generalrat durchzuführen beschloß:

- 1. Gefundung der Kommunalfinanzen durch Konsolidierung der kurzfristigen Schulden und Sanierung des Haushaltes durch starke Entlastung von Wohlfahrtsausgaben;
- 2. energetische Weiterführung der Arbeitsbeschaffung;
- 3. Lösung der Starre auf Geld- und Kapitalmarkt.

Im Mittelpunkt dieses Planes steht die Gefundung der Kommunalwirtschaft. Die Reichsregierung hat ein Gesetz über die Umwandlung kurzfristiger Inlandschulden der Gemeinden, das Gemeindefinanzierungsgesetz, verabschiedet.

Das Gesetz berechtigt alle deutschen Gemeinden, die mit ihren kurzfristigen Schulden Zahlungsschwierigkeiten gegenüberstehen, mit Genehmigung der obersten Landesbehörde einem Umschuldungsverband als Mitglieder beizutreten. Hierbei ist daran gedacht, diese Genehmigung nur solchen Gemeinden zu erteilen, die ohne eine derzeitige Umschuldung ihren Schuldendienst nicht erfüllen können. Kurzfristige Forderungen sind im Sinne des Gesetzes solche Kapitalforderungen, die bereits fällig geworden sind, oder die bis 31. März 1935 fällig werden, Lieferant-

Forderungen, zu denen auch die Forderungen der Handwerker gehören, Zins- und Tilgungszahlungen für langfristige Darlehensforderungen; Aufwertungsforderungen sind ausdrücklich ausgenommen. Für die kurzfristigen ausländischen Schulden bedarf es keiner besonderen Regelung, weil sie unter das Kreditabkommen der deutschen öffentlichen Schuldner fallen.

Die Gemeinden, die Mitglieder des Umschuldungsverbandes geworden sind, dürfen jedem inländischen Gläubiger einer kurzfristigen Forderung die Umwandlung in Schuldverschreibungen anbieten. Die Schuldverschreibungen werden vom dem Umschuldungsverband ausgegeben, mit 4 v. H. verzinst und vom 1. Oktober 1936 ab mit 3 v. H. jährlich ersparter Zinsen getilgt. Das Opfer, das der Gläubiger dadurch bringen muß, da er in Zukunft nur 4 v. H. Zinsen erhält, ist nur ein scheinbares, denn in den Fällen, die umgeschuldet werden, hat er die Gewähr, daß die Gemeinde ihre Verpflichtungen erfüllt. Die Erfüllung des Zinsendienstes der Schuldverschreibungen ist in jeder Weise gesichert, da falls die Gemeinden mit ihren Leistungen im Rückstand bleiben, der Reichsminister der Finanzen die rückständigen Beträge dem Umschuldungsverband überweist und sie dann von den Steuerüberweisungen an die Länder abzieht. Der Gläubiger braucht das Umschuldungsangebot nicht anzunehmen. In diesem Falle kann er innerhalb der nächsten fünf Jahre seine Ansprüche einschließlich des Zinsanspruches gegen die Gemeinde nicht geltend machen. Die Zinsen werden unter Aufrechterhaltung des vertraglichen Zinsfußes dem Kapital zugewiesen. Wird durch diese Konsolidierung von den Gemeinden der Abdruck genommen, den die außerordentlich hohe kurzfristige Verschuldung heute darstellt, so sollen sie auf der anderen Seite eine durchgreifende Verbesserung ihres Haushaltes dadurch erfahren, daß sie weitgehend von den Wohlfahrtslasten entlastet werden. Die Entlastung ist so bemessen, daß sie zusammen mit der Zinsersparnis, die bei der kurzfristigen Schuld unmittelbar eintritt und bei der langfristigen Verschuldung im Zuge der weiterhin geplanten kapitalmarktpolitischen Maßnahmen zu erwarten ist, einen entscheidenden Schritt zur Gefundung der Gemeindefinanzen darstellt. Die Reichsregierung verfolgt hierbei die Absicht, den Gemeinden wieder die Bewegungsfreiheit zu verschaffen, die sie haben müssen, um ihre wichtigen Funktionen im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu erfüllen.

Ebenso wie in der öffentlichen Wirtschaft, so soll auch auf wichtigen Gebieten der Privatwirtschaft durch großzügige Maßnahmen fördernd angegriffen werden. Zu diesem Zweck wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, 500 Millionen Reichsmark zur Förderung von Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden für die Teilung von Wohnungen und für den Umbau sonstiger Räume zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung ist, daß der Eigentümer des Vierfache dieses Betrages aus eigenem oder geliehenem Geld für die obengenannten Arbeiten ausbringt. Die Leistung des Zinsendienstes wird ihm dadurch erleichtert, daß ihm 4 v. H. des aufzubringenden Kapitalbetrages auf die Hauszinssteuer angerechnet werden.

Weiter wird für die Landwirtschaft eine erhebliche Lastenentlastung vorgenommen, indem für sie die Umschuldung auf 1 Prozent herabgesetzt wird. Außerdem wird die landwirtschaftliche Grundvermögenssteuer ab 1. Oktober 1933 um einen Jahresbetrag bis zu 100 Millionen Reichsmark gesenkt.

Zur Förderung des Wohnungsbau und zur weiteren Anregung des Baumarktes sind neue Steuerbefreiungen für neu errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime vorgesehen.

Ein Gegenstand besonderer Sorge ist endlich die Gefundung des Kapitalmarktes, dessen Entwicklung die auf den verschiedenen Gebieten der Wirtschaft eingetretene Besserung noch nicht wiederpiegelt. Die Reichsbank muß die Möglichkeit erhalten, auf dem Wege über eine entsprechende Regelung des Weltmarktes den Kapitalmarkt leistungsfähiger zu machen.

Der gemeinsame feste Wille der Reichsregierung und der Reichsbankleitung bietet die Gewähr dafür, daß die Reichsbank von der Erweiterung ihrer Bewegungen- und Betätigungsfreiheit nur unter gewissenhafter Berücksichtigung der Währungsgebrauch machen wird.

Die vorbereitenden Schritte zur Ergänzung des Bankgesetzes sind bereits eingeleitet.

Als unerläßliche Voraussetzung einer erfolgreichen Durchführung dieser Pläne sieht es die Reichsregierung an, das Lohn- und Preisniveau in seinem Gesamtdurchschnitt zu erhalten. Das schließt jedoch eine Auslöschung des Lohn- und Preisgefüges in vereinzelt Fällen nicht aus.

Alle Maßnahmen sind auf der engen Schicksalsgemeinschaft zwischen Landwirtschaft und übriger Wirtschaft aufgebaut.

Die Reichsregierung hat mit den Wirtschaftsplänen ein Werk geschaffen, das alle Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Belebung auszunutzen versucht. Sie ist sich bewußt, daß auch dieses Werk Menschenwerk und nicht vollkommen sein kann. Vor allem ist sie der Überzeugung, daß das Werk ohne die tatkräftige Mit-



wirkung aller Schichten der Bevölkerung nicht gering sein kann. Ebenso wie die nationalsozialistische Bewegung in jahrelangem Kampf sehr oft ausichtslos erschien, dadurch gestützt hat, daß jeder einzelne in Gedanken am Ende unverbrüchlich festgehalten hat, ebenso kann der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands nur gelingen, wenn jeder Einzelne von dem endgültigen Erfolg überzeugt ist und in diesem Gedanken die Hindernisse überwindet, die sich auf dem Wege zum Enderfolg häufen.

Nach den Darlegungen des Herrn Wirtschaftsministers gab der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk noch nähere Erläuterungen zu dem Gemeindefinanzhilfsgesetz. Dr. Schacht sprach über die Maßnahmen auf dem Kapitalmarkt. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Mitglieder des Generalrates in sehr ergiebiger Weise. Abends um 1/7 Uhr erschien

Reichskanzler Adolf Hitler

in der Sitzung des Generalrates und nahm sogleich das Wort zu längeren Ausführungen über die Lage und die Aufgaben der Wirtschaft im nationalsozialistischen Staate. Reichskanzler Adolf Hitler ging davon aus, daß die wirtschaftliche Entwicklung niemals von der politischen zu trennen ist. Die Macht ist immer die Wegbereiterin der Wirtschaft gewesen. In den verflochtenen acht Monaten ist ein hartes Postament geschaffen worden, auf dem die Wirtschaft stehen kann und der Rahmen gegeben worden, in dem sie sich einfügen kann. Die Wirtschaft könne jetzt wieder auf lange Sicht disponieren, weil bei dieser Regierung nicht die Gefahr bestehe, daß sie bis morgen oder übermorgen nicht mehr da ist. Es sind zwei Millionen Menschen wieder in den Produktionsprozess eingegliedert worden. Die Reichsregierung ist aber überzeugt, daß dieser Erfolg nur dann ein dauerhafter sein werde, wenn immer wieder gegen die Arbeitslosigkeit mit energischen Angriffen und fanatischer Beharrlichkeit vorgegangen werde. Wenn es gelingt, die saisonmäßige Rückwanderung der Arbeitermassen im Herbst und Winter aufzuhalten, werde im nächsten Frühjahr ein neuer Generalanriff mit einem durchschlagenden Erfolg einsehen können. Um dies zu erreichen, sind große und neue Maßnahmen erforderlich. Nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die Wirtschaft habe hierbei die Erziehungswartung zu leisten, auf die es in erster Linie ankomme. Es gilt vor allem, die Ideologie der Bedürfnislosigkeit und der systematischen Einschränkung des Bedarfs, also den vom Kommunismus ausgehenden Primitivitätsstult zu bekämpfen. Dieses bolschewistische Ideal der allmählichen Rückentwicklung der Zivilisationsansprüche müsse unweigerlich zur Zerstörung der Wirtschaft und des ganzen Lebens führen. Diese Ideologie beruhe auf der Angst vor dem Nächsten, auf der Furcht irgendwie hervorzutreten und basiere auf einer niederträchtigen menschlichen, neidlichen Gefinnung. Diese Lehre von der Zurückentwicklung zur Primitivität führe zu einem feigen ängstlichen Nachgeben und stelle daher eine ungeheure Gefahr für die Menschheit dar. Das entscheidende ist nicht, daß alle sich beschränken, sondern daß alle sich bemühen, vorwärts zu kommen und sich zu verbessern. Die deutsche Wirtschaft kann nur bestehen unter einer ganz bestimmten Bedarfshöhe und unter einer ganz bestimmten Kulturforderung des deutschen Volkes.

Der Reichskanzler ging dann im einzelnen auf die in dem vom Reichswirtschaftsminister vorgetragenen Wirtschaftsplan enthaltenen Maßnahmen ein, insbesondere auf die Umschuldungsaktion für die Gemeinden, die nun wieder zu gesunden Finanzen und zu einem normalen Eigenleben kommen sollen, ferner auf die Erleichterungen, die für den Landwirt durch Steuerermäßigungen geschaffen werden, und auf die große Aktion für Hausreparaturen, bei der mit verhältnismäßig geringen Mitteln ein außerordentlich großer Ruheeffekt erzielt wird für den Winter neue Arbeitsmöglichkeiten in erheblichem Umfang sichergestellt werden. Das riesenhafte Straßenbauprojekt werde sich allmählich auch auswirken. Der Reichskanzler wandte sich sehr energisch gegen die professionellen Kritiker, die Kritik nur um der Kritik willen üben und nicht zu sagen vermögen, wie man es besser machen könne. Für gute und brauchbare Ratsschläge sei die Regierung dankbar. Sie müsse sich aber eine Kritik verbitten, die alles der Kritik unterwerfe, nur nicht die eigene Kritik. Wenn die Regierung nach reiflicher Überlegung eine Maßnahme verkündet, muß alles hinter eine solche Maßnahme treten. Der Sinn des Generalrates der Wirtschaft sei der, eine Gemeinschaft zu schaffen zwischen der Reichsregierung und den Männern, die in der praktischen Wirtschaft stehen. Die Reichsregierung könne zwar die trankte Wirtschaft in eine gesunde Situation setzen, aber gesund werden müsse die Wirtschaft aus sich selbst heraus.

Der Reichskanzler schloß seine Ausführungen mit einem Bekenntnis zu den ewigen Qualitäten des deutschen Volkes. Aus neuen Fähigkeiten werden sich immer wieder neue Möglichkeiten für den Aufstieg auch der deutschen Wirtschaft ergeben.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen dankte im Namen des Generalrates dem Reichskanzler für das Vertrauen, das er den Männern der praktischen Wirtschaft durch die Berufung in den Generalrat zum Ausdruck gebracht habe, und gelobte feierlich rückhaltlose und bedingungslose Unterstützung der Reichsregierung in ihren überaus schwierigen Aufgaben durch alle Zweige und Organisationen der Wirtschaft. Der unerzählliche Glaube des Reichskanzlers an die Zukunft unseres Volkes gebe auch den Männern der Wirtschaft den Mut und die Kraft, alles einzusetzen für den Wiederaufbau einer gesunden nationalen Wirtschaft in einem starken nationalen Staat unter nationalsozialistischer Führung.

Von der Reichsbahn

Personalveränderungen bei der Reichsbahn — Weitere Besserung im Güterverkehr

Berlin, 20. Sept. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn beriet zuerst die Personalfrage. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind trotz einzelner Massenerleichterungen nicht erheblich zugenommen. Im Güterverkehr dagegen hat sich die Besserung der letzten Monate fortgesetzt. Die Auftragserteilung auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist weiter fortgeschritten und hat die Summe von 300 Millionen RM erreicht. Mit besonderer Befriedigung nahm der Verwaltungsrat davon Kenntnis, daß es freilich unter weitest möglichen Umständen

wird, 62 000 Zeltarbeiter die im Herbst d. J. hätten entlassen werden müssen, den Winter über bei Arbeit und Brot zu belassen. Es handelt sich hierbei um Zeltarbeiter, die zu SS u. H. SA., SS- und Stahlhelmformationen angehören. Bei der Beratung der Personalfragen befaßte sich der Verwaltungsrat mit den Auswirkungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Im Zuge der Maßnahmen zur Verjüngung des Personals war eine Reihe von leitenden Stellen neu zu besetzen. Der Reichsbahndirektor und Abteilungsleiter der Bauabteilung in der Hauptverwaltung, Geh. Oberbaurat Kraefft, die Reichsbahndirektionspräsidenten Schuhmacher-Künster, Dr. Seidel-Hannover, Vst-München und Koch-Regensburg treten auf ihren Antrag mit Wirkung vom 1. Januar 1934 in den Ruhestand. Ihre Entbindung von den Amtspflichten ist bereits für den 1. Oktober 1933 vorgelegen.

Der Verwaltungsrat nahm folgende Ernennungen vor: Zum Reichsbahndirektor und Abteilungsleiter der Bauabteilung der Hauptverwaltung wurde Reichsbahndirektor Köbe, zum Reichsbahndirektor und Abteilungsleiter der Rechtsabteilung der Hauptverwaltung Reichsbahnrat Dr. Fiesel, zu Reichsbahndirektoren und Abteilungsleitern in München wurden die Reichsbahnräte Dr. Friebe und Dr. Friedrich ernannt. Zu Reichsbahndirektionspräsidenten wurden ernannt: für Hannover Direktor bei der Reichsbahn Bürger, bisher Abteilungsleiter der Reichsbahndirektion München; für München Reichsbahnoberrat Gollwitzer, bisher kommissarischer Leiter der Reichsbahndirektion Nürnberg; für Münster Direktor bei der Reichsbahn Utech, bisher Abteilungsleiter der Reichsbahndirektion Erfurt; für Regensburg Reichsbahnoberrat Dr. Wehrmann, bisher Dezentrat der Reichsbahndirektion München.

Der Präsident Meier von der Reichsbahndirektion Erfurt, der zur Zeit Mitglied einer von der südafrikanischen Regierung erbetenen Abordnung zum Studium der südafrikanischen Eisenbahnen ist, tritt nach Erledigung des Auftrages in den Ruhestand. Der Direktor bei der Reichsbahn Lamerz, bisher Abteilungsleiter bei der Reichsbahndirektion Köln, wurde unter Ernennung zum Reichsbahndirektionspräsidenten mit der Leitung der Reichsbahndirektion Erfurt kommissarisch betraut. Der Verwaltungsrat ermächtigte die Hauptverwaltung, mit der bayerischen Staatsregierung auf Grund der bisherigen Verhandlungen eine Vereinbarung zu treffen, wonach die Gruppenverwaltung Bayern aufgelöst und im Zusammenhang damit die Reichsbahnorganisation in Bayern neu organisiert werden soll.

Neues vom Tage

Zurückweisung von Gesuchen an den Reichskanzler

Berlin, 20. Sept. In einer amtlichen Auslassung wird darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler noch immer mit Gesuchen aller Art überhäuft wird. Solche Gesuche müssen in den weitaus meisten Fällen wegen Arbeitsüberlastung und Unzuständigkeit der Reichskanzlei den Einwendern zurückgeschickt werden mit dem Hinweis, sich an die zuständige Stelle, d. h. in erster Linie an die unteren und mittleren Verwaltungsbehörden der Länder oder des Reiches zu wenden.

Thüringen verbietet Gesundheitsvereinigungen

Weimar, 20. Sept. Die thüringische Regierung hat außer mehreren Sektoren sämtliche Gruppen und Vereinigungen von sogenannten Gesundheitsbetreibern verboten.

Der Mannheimer Juwelenschräuber Lehne und eine zehnköpfige Räuberbande in Berlin verhaftet

Berlin, 20. Sept. In der Nacht zum 13. August wurde bei einem großen Juweleneinbruch in Mannheim der gewerbsmäßige Einbrecher Erich Arnold auf irischer Tat gefaßt, während es seinem Komplizen, dem 14jährigen Einbrecher Franz Lehne, gelang, mit den geraubten Juwelen im Gesamtwerte von 50 000 RM zu entkommen. Der Fahndung des Berliner Dezentrats für Geldschräuberbrüche ist es jetzt gelungen, den achtmal vorbestrahten Lehne am Schlesischen Bahnhof, als er von Strausberg zurückkam festzunehmen. Von dem gestohlenen Diebesgut wurde bei ihm zunächst nichts gefunden. Nach hartnäckigem Zeugen legte Lehne ein Geständnis ab. Im Anschluß hieran wurde eine zehnköpfige Hehlerbande festgenommen. Bei ihr handelt es sich hauptsächlich um eine Familie Schlesinger. Fast das gesamte Diebesgut fand man auf der Arbeitsstätte des Schlesinger, der als Konditor in einer großen Konditorei beschäftigt war, vor. Mit einem geringen Teil der Juwelen flüchtete zuvor der internationale Hehler Rappaport nach Rotterdam, der aber in Rotterdam festgenommen werden konnte und nach Mannheim übergeführt werden wird. Bei den umfangreichen Durchsuchungen wurden außerdem noch Juwelen vorgefunden, die aus zwei Berliner und einem Weimarer Einbruch herrühren.

Mutet eines jüdischen Schlägters

Emden, 20. Sept. Der jüdische Schlächter Joel Linto erschöpfte heute früh seinen Glaubensgenossen und Kollegen Wolf de Jonge. Nach der Bluttat schnitt sich Linto mit einem Taschenmesser die Kehle durch, bestieg ein Fahrrad und fuhr noch etwa 30 Meter weit, bis er tot zusammenbrach. Der Grund der Tat dürfte darin liegen, daß Linto, der infolge seines Vermögensverlustes sehr nervös geworden war, in dem Glauben lebte, daß de Jonge ihn um sein Vermögen gebracht habe.

Türkischer Antrag auf Erhöhung der Militärkräfte?

Paris, 20. Sept. Nach einer im „Matin“ veröffentlichten Agenturmeldung soll die türkische Völkerverbandsdelegation die Absicht haben, die Genehmigung zur Erhöhung der türkischen Militärkräfte nach dem Österreichischen Beispiel zu beantragen. Die Vertreter der Türkei würden zur Unterstützung ihres Antrages darauf hinweisen, daß die jetzigen türkischen Streitkräfte nicht ausreichen, um gegen den Kommunismus zu kämpfen, der gegenwärtig in der ganzen Türkei große Fortschritte zu verzeichnen habe.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 21. September 1933.

Freiwillige Unterstützungen aus der Zentralkasse der Viehbesitzer bei Pferdeverlusten. In immer größerer Zahl gehen bei der Zentralkasse der Viehbesitzer Gesuche ein um Unterstützungen bei Pferdeverlusten gemäß Artikel 22 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes zum Viehsteuergesetz. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die gesetzlichen Entschädigungsleistungen für an Kopfstärke und an arstodender Blutarmut eingegangene Pferde die durch die Pferdeumlage aufzubringenden Mittel so beanspruchen, daß Mittel für freiwillige Unterstützungen nur in ganz beschränktem Maße zur Verfügung stehen. Es ist daher nicht möglich die Unterstützungen in weiterem Umfang als bisher zu gewährleisten, es sei denn, daß die Steuernumlage für Pferde erhöht würde, was nach übereinstimmender Ansicht der Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Zentralkasse der Viehbesitzer nicht in Frage kommen kann.

Unterstützungen aus Anlaß von Pferdeverlusten werden wie bisher gewährt, wenn ein Pferdebesitzer in einem Jahr, vom Tag der Gefuchstellung an zurückgerechnet, zwei oder mehr Pferde ohne eigenes Verschulden verloren hat und hierdurch in eine betriebsgefährdende Notlage gekommen ist. Beim Verlust nur eines Pferdes in einem Jahr können Unterstützungen nicht bewilligt werden, weil hierfür die Mittel ohne Umlagerhöhung nicht ausreichen. Eine Ausnahme besteht bis auf weiteres nur für Verluste, die durch ansteigendes Blutharnen (Nutharnen, enzootische Hämoglobinurie) verursacht sind, weil diese Krankheit einen furchtbaren Charakter hat. Das Vorliegen des Blutharnens muß durch tierärztliches Gutachten einwandfrei nachgewiesen sein.

Voraussetzung für die Gewährung einer Unterstützung ist ferner, daß der Besitzer alles zur Vermeidung des Schadens Notwendige getan, insbesondere tierärztliche Hilfe rechtzeitig in Anspruch genommen hat. Ferner steht der Verwaltungsausschuß der Zentralkasse der Viehbesitzer auf dem Standpunkt, daß jeder Pferdebesitzer — heute mehr als je — seine Pferde gegen Verluste entweder privat versichern oder, wo ein Pferdeversicherungsverein besteht, Mitglied dieses Vereins, der verhältnismäßig niedere Beiträge erhebt, sein sollte. Die Zentralkasse der Viehbesitzer wird deshalb auch künftig die Bewilligung von Unterstützungen an Pferdebesitzer aus Bezirken in denen Bezirks- oder örtliche Pferdeversicherungsvereine bestehen, von der Mitgliedschaft bei einem solchen Verein abhängig machen, sofern die Pferde nicht anderweitig versichert sind. Der Abschluß einer Versicherung wird besonders den kleinen bäuerlichen Lohnfuhrwerksbetriebern empfohlen, da sie, wie die zahlreichen bezüglichen Unterstützungs-gesuche beweisen, im Falle eines Pferdeverlustes die Mittel für Ersatzbeschaffung nicht haben und die daraus sich ergebende Notlage auch durch eine — stets begrenzte — Unterstützung aus der Zentralkasse der Viehbesitzer nicht zu beheben ist.

Verordnung des Wirt. Staatsministeriums zum Vollzug des Gesetzes über die zeitweilige Herabsetzung der Höchstgehälter. Das Staatsministerium hat eine Verordnung zum Vollzug des Gesetzes über die zeitweilige Herabsetzung der Höchstgehälter erlassen, die demnächst im Regierungsblatt erscheinen wird. Die Verordnung gibt zahlreiche Erläuterungen und Beispiele, wie die in Betracht kommenden Besoldungen und Vergütungen zu berechnen sind. Sie ist sinngemäß auch auf die Beamten und Angestellten der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen der Landesaufsicht unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts, der Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie der Verbände von Körperschaften des öffentlichen Rechts anzuwenden.

Calw, 20. September. Bei der Aktion gegen die Bettler, die am Montag durchgeführt wurde, konnten insgesamt 64 Personen zwangsgestell werden, 54 hiervon sind den Behörden zwecks Bestrafung vorgeführt worden. Im Oberamt Neuenbürg sind 80 Personen festgenommen worden.

Vom Oberamt Freudenstadt. (Hilte-Expede). Sämtliche Wastwirte des Oberamts Freudenstadt haben den auf sie entfallenden Teil zur Ablos-Expede (1 Prozent vom Umsatz eines Durchschnittsmonats) an den Bezirksvorstehenden abgeliefert. Zur Erleichterung der Ablieferung befindet sich der Bezirksvorstehende am heutigen Donnerstag, den 21. September von 2-4 Uhr im „Schaum“ in Badgrabenweiler — die letzte Ablieferungsmöglichkeit für Nachzügler ist am Freitag, den 22. September beim Bezirksvorstehenden Karl Haug im „Stutgartener Tor“ in Freudenstadt.

Orsb, 20. Sept. (Eine vorbildliche Tat.) Freiherr v. Koplek auf Schloß Wittenburg gewährte den Bieringern Büchern einen Pachtgeldnachschuß von 15 Prozent, sofern der Pacht bis 15. Dezember ds. Js. bezahlt ist.

Alpirsbach, 19. September. (Arbeitsbeschaffung.) Am 30 verheirateten Unterstützungsempfängern und 10 verheirateten Wohlfahrtsempfängern Arbeit zu beschaffen, beschloß der Gemeinderat die Erstellung der lange erstrebten Kurgartenanlage, die neben dem Kloster errichtet wird. Die vorbereitenden Schritte wurden gutgeheißen. Genehmigt wurden Dränagearbeiten zur Wiesenerweiterung. Die Bildung der Bürgermeisterei Alpirsbach-Rötenbach-Neutin wird erst im nächsten Jahre perfekt werden.

Neuenbürg, 18. September. In der Zeit zwischen dem 15. und 21. Oktober findet hier eine Werbewoche für das Handwerk statt. Zu diesem Zweck hatte der Fabrikant Hermann Gollmer hier auf den Samstagabend zu einer Besprechung in den Bärensaal eingeladen. Er verlas die Richtlinien, wie diese Werbewoche gestaltet werden soll, und betonte, daß das Handwerk im neuen Staat wieder mehr zur Geltung gelangen soll. Landrat Lempp sagte namens des Oberamts und seiner eigenen Person seine volle Unterstützung zu und betonte, daß im jetzigen Staat der Totalitätsgrundsatz maßgebend ist und der Führer die volle Verantwortung trägt. Und wir können unserem Führer das volle Vertrauen schenken. Der Ständestaat wird kommen. Ratsherr Schönberger sagte namens der Stadtverwaltung volle Unterstützung zu. Das Ergebnis der Besprechung befriedigte durchaus.

Kottenburg, 19. September. (Der neue Kottener Bürgermeister.) Am Montag fand die feierliche Amtseinführung und Vereidigung des neuen Bürgermeisters der Kottener Stadt, Bürgermeister Seeger, durch Landrat Chormann statt. Im Anschluß an die Amtseinführung hielt der neue Bürgermeister vom



Balkon des Rathauses eine Ansprache an eine mehrtausendköpfige Menge. Er schloß mit einem Sieg-Heil auf die Bischofsstadt, auf das Vaterland, auf den Reichspräsidenten und auf den Reichskanzler. Das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied beschlossen die Feier, die sich unter Mitwirkung des Niedertranzes, der SA. und des Stahlhelms mit Musikkapellen vollzog.

Stuttgart, 20. Sept. (Fußballsport für Weisheit.) Zur Vinderung der Not, die durch den ungeheuren Brandhaden in Weisheit-Baden eingetreten ist, möchte auch der Gau Württemberg des Deutschen Fußballbundes einen Teil beitragen. Die Vereine sind daher gebeten worden, aus der Einnahme der Spiele am 24. September 1933, 1 bis 2 Prozent der Einnahme mit der 5prozentigen Abgabe an den Gau abzuführen. Der Gau selbst wird aus seinem 5prozentigen Anteil ebenfalls einen Beitrag der Spende zuführen.

Eingliederung des „Scharnhorst“. Am Samstag, 30. September, findet auf dem Karlsplatz die feierliche Ueberführung des Scharnhorst in die Hitlerjugend statt.

Der Führer der schwäbischen Turner. Gauführer Dr. W. Obermeyer-Stuttgart ist nun als Führer der schwäbischen Turnerschaft vom Reichsportführer v. Tschammer und Osten bestätigt worden.

Einführung der Warenhaussteuer und Verdoppelung der Fiskalsteuer in Stuttgart. Bekanntlich hat Oberbürgermeister Dr. Strölin als Staatskommissar bei der Verabschiedung des Haushaltsplans 1933 in Stuttgart die Fiskalsteuer im damals zulässigen Höchstmaß von 20 v. H. der Gemeindegewerbesteuer eingeführt. Inzwischen ist reichs- und landesgesetzlich die Möglichkeit geschaffen worden, die Steuer bis zum Doppelten dieses Satzes (40 v. H.) zu erhöhen. Wie das Städt. Nachrichtenamt mitteilt, hat deshalb der Oberbürgermeister nach Durchberatung der Angelegenheit in der gemeinderätlichen Hauptabteilung verfügt, daß mit Wirkung vom 1. April 1933 an die Fiskalsteuer im nunmehr zulässigen Höchstmaß von 40 v. H. erhoben wird. Außerdem hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß die Warenhaussteuer-Berantlagung nach den gesetzlichen Vorschriften sofort durchgeführt wird.

Spende des V.M.Z. Der Verein Württembergischer Zeitungverleger, in dem nunmehr die gesamte württembergische Presse zusammengeschlossen ist, hat nach einem Beschluß seines Präsidiums für das Winterhilfswerk den Betrag von 1000 RM. zur Verfügung gestellt.

Göppingen, 20. Sept. (Verkehrsschüler.) Wie die Göppinger Zeitung berichtet, haben die zuständigen Behörden in Berlin und Stuttgart in den letzten Tagen den Ausbau des Göppinger Flughafens und die Errichtung einer Verkehrsfliegerschule genehmigt. Es kommt also eine Abteilung der Deutschen Verkehrsfliegerschule GmbH. nach Göppingen. Dazu wird der Flugplatz auf der Viehweide teils im Arbeitsdienst, teils im Wege der Notstandsarbeit ausgebaut.

Heidenheim, 20. Sept. (Razzia.) Zu der Razzia der örtl. politischen Polizei gegen die Maschinenfabrik staatsfeindlicher Intellektueller auf einem Schloß im Bezirk Heidenheim gibt die Kreiszeitung der NSDAP. bekannt, daß vom Bezirk Heidenheim nur Oberstudienrat Schnapper mit drei Familienmitgliedern in der illustren Runde festgenommen wurde.

Walen, 20. Sept. (Saisonbedingt.) Wie man Jahreszeit und Festzeit ausnützen kann, zeigen zwei raffinierte Einbrüche in der Umgegend von Walen. In Dewangen wurden einem Schuhmachermeister in der Nacht gleich 25 Paar Schuhe gestohlen. In Wasseralfingen wurden einem Wirt circa 15 Stück schmackhafte Gansviertel und das Schmalz von zwei auf die Kirchweih geschlachteten Schweinen geholt. Beidesmal waren es offenbar lokal- aber scheinbar auch zeitliche Diebe.

Quedlinburg, 20. Sept. (Brand.) Montag mittag wollte ein Sohn des Maurermeisters Albert in der an der Straße nach Neubronn stehenden Scheuer einen Wagen holen. Als er das Scheuentor öffnete, schlugen ihm schon große Flammen entgegen, die durch das Dessen des Tores neue Nahrung erhielten. Sofort stand die Scheuer in hellen Flammen, die auch auf die Scheuer und das Wohnhaus des Landwirts Herrmann übergriffen, sodaß beide niederbrannten. Ein jähriger Knabe eines Nachbarn, der sich zunächst auf dem Hofe beschäftigt hatte, ging in die Scheuer und machte dort ein „Feuerle“, indem er einen Strohwisch anzündete. Die Flammen griffen sofort weiter und verursachten das große Unglück.

Vom Wodensee, 20. Sept. (Schlechte Sommerferien in Oesterreich.) Das Pfänderhotel und auch das dem Verband der badischen Gemeindebeamten gehörende Strandhotel Lohausen schlossen ihre Pforten. Ihre Sommerferien war nicht gut. Das Pfänderhotel brachte diesen Sommer nicht einmal so viel an Zimmereinnahmen herein, als es letztes Jahr an Zimmerabgabe (Fremdensteuer) abliefern konnte.

Was Beden

Forbach, Murgtal, 20. September. (Eine Hitler-Tanne.) Familien des Schifferwaldes, nahe der „Hindenburgtanne“ habe eine riesige Schwarzwaldtanne, die am Sonntag in einem heiligen Akt den Namen „Hitler-Tanne“ erhielt. Mit den nationalen Formationen marschierten die Vereine unter Vorantritt der hiesigen Stahlhelmkapelle zu dem Standort der Tanne und mit ihnen die Einwohnerschaft von Forbach, die Tanne öffentlich gelagert hatte, und diejenige der Nachbarorte. In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Köhler und des Kultusministers Dr. Wadert wurde dann die Weihe der Tanne vorgenommen. Der Detogruppenleiter der NSDAP. von Forbach, Forstrat Köhler, sprach Begrüßungsworte, worauf Ministerpräsident Köhler den Gedanken, dieser wichtigen Tanne den Namen des Reichskanzlers zu geben, begrüßte. Wie diese Tanne im heimischen Boden wurze, so wurze auch das heutige Deutschland unter des Kanzlers Führung im Mutterboden des deutschen Volkstums. Und wie sie die Stürme überstanden habe, so möge auch das deutsche Volk die Stürme, die seinen Bestand bedrohen könnten, überwinden.

Strasbourg i. E., 19. September. Boll Berdutz berichten Pariser Zeitungen von einem Streich, den ein Rundfunklautsprecher dem französischen Nationalgefühl in Strasbourg gespielt hat. Auf der großen Messeausstellung auf dem Waden war in der Festhalle auch ein Großlautsprecher aufgestellt. Dieser

Tage nun wurde das Gerät von unbekannter Hand auf deutsche Sender eingestellt, was zur Folge hatte, daß plötzlich weithin über das Ausstellungsgelände und die schaulustige Menge schallend die Reden des Reichskanzlers Hitler sowie des Ministers Göbbels übertragen wurden und anschließend das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Die teils wütenden, teils schadenfrohen Gesichter sollen unbeschreiblich gewesen sein.

Erster Spatenstich zum Bau der Magauer Rheinbrücke

Karlsruhe, 20. Sept. Mit einer Feier wurde am Mittwoch mittag in der Nähe des jahnreife geschmückten Borortes Rnielingen von dem badischen Ministerpräsidenten Köhler der erste Spatenstich zur Rheinbrücke bei Magau und zu der dafür nötigen Neulegung der Eisenbahnlinie Karlsruhe-Magau ausgeführt. Zugewesen waren auch der badische Kultusminister und der Innenminister sowie die Präsidenten der Reichsbahndirektion Ludwigs-hafen und Karlsruhe. Köhler sagte, der Brückenbau erfolge im Rahmen der großen Aktion gegen die Arbeitslosigkeit. Er solle die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Baden und der Pfalz stärken. Rehnlich äußerte sich der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe und der bayerischen Regierung, Ministerialrat Blum vom bayerischen Finanzministerium.

Jahresversammlung des deutschen Auslands-Instituts Neuer Vorstand und Neuordnung

Stuttgart, 20. Sept. Unter der Leitung des neuen Vorsitzenden des Deutschen Auslands-Instituts, Oberbürgermeisters Dr. Strölin-Stuttgart, fand am Mittwoch im Hause des Deutschen Vereins die Jahresversammlung des Deutschen Auslands-Instituts statt. Der Vorsitzende begrüßte vor allem den württembergischen Gau-leiter Schmidt als Vertreter des Reichspropagandaministers Dr. Göbbels, General Hausboier als Vertreter des stellv. Führers Rudolf Heß, Senatspräsident Dr. Kaufmann-Danzig, Senator Wuth, den Führer des Deutschtums im Banat, Geheimrat Professor Dr. von Müller als Präsident der Deutschen Akademie, Geheimrat Dr. Koediger als Vertreter des Reichsaußen- und Innenministeriums, sowie Dr. Kuder als Vertreter des Außenpolitischen Amtes. Sodann gab er die Neuordnung des Vorstandes bekannt, der sich aus folgenden Herren zusammensetzt: Stellv. Vorsitzender Landtagsdirektor Dr. Eijemann, Oberregierungsrat Dr. Drück vom Kultusministerium als Vertreter der Aufsichtsbehörde, Dr. Ernst-Berlin als Führer des Deutschen Schwabens- und Nördlichwürttembergischen Volksbundes, Direktor Dr. Krehli-Stuttgart als Landesführer des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland, Universitätsprofessor Dr. Mannhardt-Warburg, Dr. Steinacher-Berlin als Reichsführer des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland und Universitätsprofessor Dr. Uhlir-Lüdingen. Der neue Leiter des Deutschen Auslands-Instituts ist Professor Dr. Esaki, der schon über 20 Jahre als Studienbürger Sachse in der Deutschtumsarbeit wurzelt. Hierauf verbreitete sich der Vorsitzende über die künftige materielle Arbeit des Auslands-Instituts. In organisatorischer Hinsicht gelte es, die Zusammenfassung aller Verbände und Gruppen, die sich mit dem Auslandsdeutschtum beschäftigen, durchzuführen. Der Kampf gelte aller Zersplitterung und allem unfruchtbaren Arbeiten gegeneinander und nebeneinander. Auf wirtschaftlichem Gebiet sollen zwischen dem Deutschtum im Ausland und der Wirtschaft des Mutterlandes engere wirtschaftliche Beziehungen stattfinden. Das Auswanderungs- und Siedlungs-wesen müsse vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des deutschen Volkstums gestellt werden. Vor allem gelte es, zur Aufführung des Auslandsdeutschtums alle Möglichkeiten zur Abwehr von Wehtrauern und Mißverständnissen auszunützen. Das DAZ sei eins mit dem klaren und festen Willen der nationalen Bewegung. Im Anschluß hieran erstattete der neue Leiter des Deutschen Auslands-Instituts, Professor Esaki, den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1932/33. Das DAZ schließe nach 16jährigem Bestehen die erste große Spanne seiner Entwicklung ab. Die zweite Stufe, die wir betreten werde unter der Wirkung der großen Weltkrisen in deutschen Vaterland, sie müsse und werde getragen sein durch den großen Gedanken der Erziehung und Sendung unserer Nation im Ausland. Dr. Esaki gelobte, mit allen Kräften Dienst am Volkstum und am Institut im Geiste des neuen Staates und im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung zu leisten. Er schloß mit dem besonderen Dank an die württembergische Regierung und an den neuen Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Strölin. Oberbürgermeister Dr. Strölin gab dann noch zwei Telegramme an Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler bekannt. Die Jahresversammlung wurde beschlossen mit einem von Oberbürgermeister Dr. Strölin ausgedrachten dreifachen Sieg-Heil auf Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler.

Oberbürgermeister Dr. Strölin Führer des Deutschen Auslands-Instituts.

Stuttgart, 20. Sept. Auf einer Ausschusssitzung ist Oberbürgermeister Dr. Strölin-Stuttgart zum Führer in den Ausschuss des Deutschen Auslands-Instituts berufen worden.

Neue Nachrichten aus aller Welt

Verlobung des Königs von Irak. Der neue König des Irak, der Tochter des früheren Königs des Hedschaschaates Ali, der ein Bruder des verstorbenen Königs Feisal ist.

Vier Jahre Gefängnis für die Mörder Inakais. „Times“ meldet aus Tokio: Die 11 Kadetten, die der Mitteräterschaft bei der Ermordung des Premierministers Inakai im Mai 1932 und andere Terrorakte beschuldigt waren, wurden zu je 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Großfeuer in einer kongreßpolnischen Ortschaft. Fast die ganze Ortschaft Lubocz in Kongreßpolen fiel einer Feuersbrunst zum Opfer. Etwa 100 Gebäude, darunter allein 40 Wohnhäuser und 35 Viehhäute, sind in Asche gelegt worden.

Unsere Postbezieher

werden gebeten, die Bestellung für Monat Oktober unbedingt vor dem 25. ds. Mts. aufzugeben, da die Post nach diesem Tage einen Aufschlag von 20 Pfennig erhebt

Aus dem Gerichtssaal

Registriermarktschieber vor dem Schnellhöfengericht

Stuttgart, 20. Sept. Die Versuche der schweizerischen Grenzbevölkerung, sich zum Nachteil des Deutschen Reichs und der deutschen Währung auf leichte und unangenehme Weise zu bereichern, haben seit Einführung der Registriermarkten einen Umfang angenommen, der in den letzten Tagen allein in Stuttgart wieder 28 Festnahmen und zur Sicherstellung von über 25 000 RM. für das Reich geführt hat. Die große Mehrzahl der Verhafteten ist schweizerischer Nationalität; doch befinden sich auch mehrere Borsarlberger unter ihnen. Der auf Registriermarkten lautende „Reisecheck“ ist bekanntlich ein vom Deutschen Reich zwecks Tilgung seiner ausländischen Bankverbindungen ausgegebenes Wertpapier, das man beispielsweise in der Schweiz bei einem Nennwert von 1000 RM. um 970 Franken kaufen kann, und für das man in Deutschland 1000 RM. ausbezahlt erhält, unter der Bedingung freilich, daß man den ganzen Betrag zum Lebensaufwand in Deutschland verausgabt. Tut man dies nicht, sondern schmuggelt man unter Umgehung der deutschen Devisenverordnung einen möglichst großen Betrag der für den Reisecheck erlösten Summe wieder in die Schweiz hinein, um ihn dort wieder in Franken umzuwechseln, so „verdient“ man dabei an jedem dieser Schecks mindestens 200 RM. netto. Von solchen Registriermarktschiebern fanden 15 Personen vor dem Schnellhöfengericht, um sich wegen Vergehens gegen die Devisenverordnung oder wegen Beihilfe hierzu zu verantworten. Mit einer einzigen Ausnahme waren die Angeklagten Leute in keinen Verhältnissen, die dem Anreiz entgegen waren, eine Gratireise nach Deutschland machen zu können und dabei noch Bargeld zu verdienen. In den Fußrastern seines Motorrads glaubte ein Brüderpaar aus Borsarlberg das geeignete Versteck gefunden zu haben, um 3300 RM. deutschen Geldes, das aus dem Erlös für vier Reisechecks zu je 1000 RM. stammt, mit nach Hause nehmen zu können. Das Versteck wurde jedoch schon vor der Abfahrt in Stuttgart von Beamten der Zollfahndungsstelle entdeckt und die Brüder nebst ihren Helfershelfern, einem zweiten Brüderpaar, festgenommen. Die beiden Hauptschuldigen erhielten je ein Jahr Gefängnis und 500 RM. Geldstrafe, 3000 RM. sowie das Motorrad wurden für das Reich eingezogen.

Ein Friseurmeister der im Kanton Saint Gallen drei eigene Geschäfte besitzt, hatte aus reiner Spekulations- und Vergnügungslust fünf Schieberreisen nach Deutschland unternommen, das letztemal in Begleitung von drei Arbeitslosen und eines bei ihm angestellten Mädchens, denen er die Autoreise nach Stuttgart, sämtliche Spesen und obendrein noch je 50 RM. bezahlte, nur damit er fünf Reisechecks auf je 1000 RM. in Stuttgart einlösen konnte. Gleich nachdem dies geschehen war, wurde jedoch die ganze Kolonne verhaftet und ihr das erlöste Geld wieder abgenommen. Bei den vorhergegangenen Reisen hatte der Friseurmeister über 2000 RM. nach der Schweiz verschoben. Er erhielt jetzt neun Monate Gefängnis und 2000 RM. Geldstrafe. Weitere 2000 RM. wurden als für das Reich verfallen erklärt. Drei Mitangeklagte erhielten wegen Beihilfe Gefängnisstrafen von ein, zwei und drei Wochen; das Geschäftsmädchen kam mit 35 RM. Geldstrafe davon.

Nicht weniger als acht Autoschieberreisen nach Deutschland hatte ein finanzieller Not befindlicher Mitinhaber einer Auto-reparaturwerkstätte bei St. Gallen unternommen und dabei, unter Lumpen im Wertesgegenstand versteckt, insgesamt 21 500 RM. nach der Schweiz geschmuggelt. Er erhielt dafür zehn Monate Gefängnis und 2000 RM. Geldstrafe. Weitere 2000 RM. sowie das Auto wurden eingezogen.

Neue Urteile des Sondergerichts Stuttgart

Stuttgart, 20. Sept. Zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte das Sondergericht den 21 Jahre alten ledigen Gwisler Karl Geiser aus Stuttgart, weil er in Siernfeld Bekannten gegenüber behauptete, der Reichstagsbrandstifter wolle vor ein internationales Gericht in Holland gestellt werden, um dort auszuweichen zu können, da Reichsminister Dr. Göbbels der eigentliche Brandstifter sei. Außerdem wußte er davon zu berichten, daß in Berlin acht Kommunisten öffentlich hingerichtet worden seien. Die Informationen will er aus einer holländischen Zeitung bezogen haben, ohne aber, wie er selbst swand, an sie geglaubt zu haben. — Als unbeherrschbar entpuppte sich der 37 Jahre alte verbeiratete Maler Hermann Lebender aus Stuttgart, der in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise die neue Regierung und die Führer des Nationalsozialismus sowie ihre Maßnahmen in den Schmutz zu ziehen versuchte. U. a. jagte er, Reichskanzler Adolf Hitler und die anderen Führer der Nationalsozialisten könnten ihm nichts beibringen, sie sollten erst einmal arbeiten lernen. Dr. Schmidt bezeichnete er als Lumpen, der nur dafür Sorge, daß der Reichskanzler ein reicher Mann werde, wie überhaupt die Herren nur in ihre eigenen Taschen schafften würden. Der Führer der Arbeitsfront Dr. Leo sei auch nur nach Stuttgart gekommen, um Geld einzuschieben. Diese hemmungslose Verleumdung trotz mehrfacher Warnungen von Mai bis Juli d. J. trieb ihm jetzt eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr ein. — Für das Vorrätighalten und Weiterverbreiten der illegal erscheinenden kommunistischen Zeitung „Das Tribunal“, wurde der 21 Jahre alte Wertzeugmacher Walter Hofmann zu 4 Monaten Gefängnis und der 20 Jahre alte Buchdrucker Friedrich Scharf, beide aus Stuttgart, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. — Die öffentliche in einer Wirtschaft geäußerte Ansicht, die jetzige Regierung sei schlechter als die frühere und ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm sei besser als dasjenige, wie diejenigen, die jetzt am Ruder seien, hätten sich von den Taten beistimmen lassen, kostete dem 33 Jahre alten aus Basel gebürtigen Reisenden Ernst Winkler 3 Monate Gefängnis.

Zuchthausstrafen im Bottroper Kommunisten-Prozess

Essen, 20. Sept. Am Mittwoch mittag wurde im Bottroper Kommunistenmordprozess folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagten Kubel und Siegfried Schloßarek werden wegen Totschlags in Tateinheit mit verschiedenen Waffengewalt zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 15 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust, Kojelok wegen Beihilfe zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und Paul Schloßarek wegen Begünstigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Bei Kubel, Siegfried und Paul Schloßarek wird die erlittene Untersuchungshaft voll angerechnet. Die zur Tat benutzten Waffen wurden eingezogen. Das Gericht konnte sich nicht davon überzeugen, daß die Angeklagten die Tat mit Ueberlegung ausgeführt hätten und verneinte deshalb die Frage des Mordes.

Druck und Verlag der W. Rieder'schen Buchdruckerei, Altensteig Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Laut



Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom 19. und 20. Sept.

Buenos Aires (1 Paz.-Peso)	0,953	0,957	0,955	0,962
London (1 Pfund)	13,12	13,16	12,93	12,97
Neuwort (1 Dollar)	2,747	2,753	2,667	2,673
Amst.-Rottb. (100 Gulden)	169,23	169,57	169,28	169,62
Brüss.-Antw. (100 Belga)	58,44	58,56	58,47	58,59
Kopenhagen (100 Kr.)	58,49	58,61	57,79	57,91
Celo (100 Kr.)	65,93	66,07	65,93	65,17
Paris (100 Fr.)	16,405	16,445	16,405	16,445
Wien (100 Kr.)	12,40	12,42	12,39	12,41
Schw. (100 Fr.)	81,17	81,33	81,27	81,43
Stockh.-Göteborg (100 Kr.)	67,61	67,75	66,88	66,82
Wien (100 Schilling)	47,95	48,05	47,95	48,05

Börsen

Berliner Börse vom 20. Sept. Obwohl nicht ganz so fest wie nordwärts erwartet, eröffnete der heutige Verkehr doch überwiegend mit Kursbesserungen. Das Publikumsinteresse hielt an, bevorzugt aber wegen der beabsichtigten Sanierung der Gemeindefinanzen und der geplanten Zinssenkung den Markt der festverzinslichen Werte. Aber auch von den übrigen Geschäftsklassen des Generalrats der Wirtschaft, die zum Teil in der Presse schon angekündigt wurden, erhofft man Anteile für die Börse. Von festverzinslichen Werten waren die deutschen Anleihen um 1 1/2 bis 2 Prozent gehoben. Industriobligationen waren bis zu 0,60 Prozent an und Reichsbahn-Vorzugsaktien konnten 1 1/2 Prozent gewinnen. Tagesgeld wurde mit 4,36 bzw. 4,25 Prozent genannt. Privatdiskonten blieben bei geringer Kaufneigung, allerdings eher angeboten. Reichswechsel laufen ab heute zu einem neuen Termin per 20. Dezember.

Getreide

Berliner Produktendörse vom 20. Sept. Weizen märk. 177 bis 179, Roggen märk. 142-144, Braugerste 189-196, Wintergerste 144-157, Hafer märk. 135-143, Weizenmehl 30 50-31,50, Roggenmehl 20,40-21,50, Weizenkleie 10,40-10,75, Roggenkleie 9,40 bis 9,60, Bittererbsen 36-41, kleine Speiserbsen 29-32, Futtererbsen 18-20 RM.

Fruchtpreise. Kalen: Kernen 8,40-9, Saatweizen 11,50 bis 12, Weizen 8-9, Roggen 8,10, Saatroggen 9-9,50, Roggen 7,90-9, Dinkel 6,20-7,20, Saatkorn 7,20-8,50, Gerste 7,20 bis 7,40, Hafer 5,50-6 RM. - Heidenheim: Kernen 9-9,90, Weizen 8,40-8,90, Roggen 7,60, Gerste 7,20-7,50, Hafer 5,90 bis 6 RM. - Leutkirch: Weizen 10, Roggen 10, Gerste 8,50, Hafer 6,50, Dinkel 8-9 RM. - Rörblingen: Saatweizen 9,50-10,50, Weizen 8,40-8,60, Saatroggen 8,50-9,50, Roggen 7,80-8,20, Gerste 7,70-8, Hafer 6,30-7, Dinkel 7, Bohnen 6,50 RM. - Riedlingen: Gerste 7, Hafer 5,80-6,20, Roggen 7, Weizen 8,20, Weizen 6,50 RM. - Saulgau: Dinkel 6,30 bis 6,40, Saatkorn 7,30-7,50, Weizen 8,50-8,60, Gerste 7-7,50 RM. - Tuttlingen: Weizen 9-10, Dinkel 8-8,20, Gerste 7,80-8,20, Roggen 8, Hafer 7,20-7,50, neu 6-6,50 RM.

Märkte

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 11-18 RM. - Günsingen: Milchschweine 11-14, Läufer 30-32,50 RM. - Ludwigsburg: Läufer 30, Milchschweine 10-17 RM. - Ravensburg: Ferkel 10-18, Läufer 23-30 RM. - Riedlingen: Milchschweine 12-16, Mutterchweine 90-100 RM. - Tuttlingen: Milchschweine 9-15 RM. - Weilderbad: Läufer 21-39, Milchschweine 8-19 RM.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 19. Sept. Zufuhr: 24 Ochsen, 45 Bullen, 29 Rube, 120 Ferkel, 205 Kälber, 960 Schweine. Preise: Ochsen 19-31, Bullen 19-29, Rube 11-23, Ferkel 19 bis 33, Kälber 19-40, Schweine 42-51, Sauen 34-38 RM. Tendenz: Großvieh langsam, erheblicher Ueberstand; Schweine mittelmäßig, geringer Ueberstand; Kälber langsam, geräumt.

Florzheimer Schlachtviehmarkt vom 20. Sept. Zufuhr: 10 Ochsen, 5 Rube, 45 Kälber, 16 Ferkel, 142 Kälber, 10 Schafe, 300 Schweine. Preise: Ochsen 24-29, Ferkel 23-28, Rube 14 bis 23, Kälber 25-31, Kälber 30-35, Schweine 38-46 RM. Marktverlauf: mäßig belebt.

Freiburger Schlachtviehmarkt vom 19. Sept. Zufuhr: 32 Ochsen, 38 Kälber, 9 Ferkel, 23 Rube, 200 Kälber, 390 Schweine, 30 Schafe. Preise: Ochsen 24-28, Kälber 24-30, Ferkel 22-26, Rube 14-20, Kälber 30-35, Schweine 40-45, Schafe 29-30 RM. Marktverlauf: Schlechter Geschäftsgang, Ueberstände bei fast allen Gattungen.

Hopfenpreise. Auf dem Leininger Hopfenmarkt hat sich nichts verändert. Die Preise bewegen sich zwischen 200 und 280 RM. Das Angebot ist härter als die Nachfrage. In Oberndorf O.A. Herrenberg ist die Hopfenernte beendet. Die meisten Produzenten haben zu 240-250 RM. abgesetzt. Auch in Kupfingen O.A. Herrenberg ist die Hopfenernte beendet. Bis jetzt wurden nur zwei Partien zu 265 RM. pro Zentner verkauft.

Allgäuer Butter- und Käsebörsen vom 20. Sept. Kofelbutter 1. Sorte 125, 2. Sorte 123, Landbutter 116. Verkauf: fest, Qualitätsausgleich nach Statistik der Gerichte 123 Bq. Weichtüte 20 Prozent Fettgehalt 22-25 (grüne Ware), Verkauf: freundlicher, Allgäuer Emmentaler 45 Prozent Fettgehalt 1. Sorte 70-72, 2. Sorte 65-67, Verkauf: normale Nachfrage. Die Preise sind Erzeuger-Verkaufspreise ab Station des Erzeugers ohne Verpackung für 1 Pfund.

Kontakte

Nachlass des am 2. August 1933 † Oskar Bührer, Kaufmanns in Spaltingen, Kurze, Weiß- und Wolllwarenhandlung.

Entschuldungsverfahren

Jakob Reisenbacher, Bauers in Schwarzenberg O.A. Neuenbürg und seine Ehefrau Dorothea geb. Kraft.

Buntes Allerlei

Seen in Deutschland

Der größte deutsche Binnensee ist der Bodensee, das „Schwäbische Meer“, mit einer Fläche von 388,5 Quadratkilometer, mit einer mittleren Tiefe von 90 Meter und der größten Tiefe von gar 252 Meter; über Normalnull erhebt sich der See 395 Meter. Recht tief sind auch die bayerischen Seen. Der Starnberger See hat eine mittlere Tiefe von 54,5 Meter; die größte Tiefe ist 123 Meter. Der Ammersee ist im Mittel 28 Meter tief, der Chiemsee 24,5 Meter. Der Walchensee ist flächenmäßig kleiner als die drei genannten Seen, doch beträgt seine mittlere Tiefe 82 Meter, seine größte sogar 192 Meter; 802 Meter erhebt sich der Walchensee über NN. Seine Höhenlage wird nur noch vom Sibire bei Gornisch übertroffen, dessen größte Tiefe aber nur 34 Meter ist. Der ebenfalls recht hoch gelegene Schliersee (778 Meter über NN.) ist durchschnittlich 20 Meter tief. Der Königssee oberhalb einer mittleren Tiefe von 93 Meter und eine größte von 188 Meter, rangiert also gleich mit dem Walchensee, ist nur kleiner. Der Tegernsee ist im Mittel 40 Meter tief, an den tiefsten Stellen 71 Meter. Die größte Tiefe der Nordsee ist 808 Meter, die mittlere 90 Meter, die größte Tiefe der Ostsee ist 430 Meter, die mittlere 70 Meter. Der Titisee im badischen Schwarzwald liegt 848 Meter über NN., 20,6 Meter ist seine mittlere und 40 Meter seine größte Tiefe. 1,1 Quadratkilometer sein Flächeninhalt.

Der älteste Floß...

Den ältesten Floß hat man im Bernsteinbergwerk in Palmniden an der ostpreussischen Samlandküste entdeckt. Er befindet sich in einem kleinen Bernsteinstück, dessen Alter von den Gelehrten auf 5000 000 Jahre geschätzt wird. Ein ehrwürdiges Alter für einen Floß!

Wetter für Freitag

Die Luftdruckverteilung ist sehr ungleich geworden, sodass für Freitag mehrfach bedecktes und veränderliches Wetter zu erwarten ist.

Hitlerjugend, B. d. M.

1. Die Probe kann heute abend nicht im „Grünen Baum“ stattfinden. Zusammenkunft der Beteiligten in meinem Schullokal im mittleren Schulhaus um 7/8 Uhr.
2. Amtswalter betreffend: Der Schulungsabend kann heute abend nicht stattfinden.
3. „Blutendes Deutschland“ muß jeder Nationalsozialist gesehen haben!

stv. Ortsgruppenleiter: Kaimbach

Letzte Nachrichten

Die Grußpflicht der SA

Berlin, 20. Sept. Wie die NSR. mittels, hat der Chef des Stabes der SA und SS eine Verfügung über die Grußpflicht innerhalb der SA erlassen, in der u. a. folgende Bestimmungen festgesetzt sind:

Es ist zu unterscheiden zwischen dem Deutschen Gruß und dem SA-Gruß.

Während der Deutsche Gruß in einem Erheben der rechten Hand in beliebiger Ausführung besteht, also mehr einen kameradschaftlichen Gruß darstellt, wird der SA-Gruß nach den Bestimmungen der SA-Dienstvorschrift (afw.) durch Anlegen der linken Hand an das Koppel und Heben des ausgestreckten rechten Armes ausgeführt.

Der SA-Gruß ist zu erweisen allen ranghöheren Führern der SA und der SS, des in die SA eingegliederten Wehrstahlhelm, sowie gegenüber den Offizieren der Reichswehr und der Landes- und Schutzpolizei.

Der kameradschaftliche deutsche Gruß ist zu wechseln zwischen allen im Range gleichgestellten Angehörigen der SA und der SS untereinander, sowie mit den eine entsprechende Dienststellung einnehmenden Angehörigen der Reichswehr, der Polizei, der Angehörigen des Stahlhelm, des deutschen Luftsportverbandes, der Hitlerjugend, des Bahnschutzes, sowie mit der gesamten Parteigenossenschaft, sofern sie durch vorchriftsmäßige Bekleidung als solche erkenntlich sind.

Die Verfügung weist ferner darauf hin, daß es ein selbstverständliches Gebot des Taktes und der Höflichkeit ist, daß der im Range niedrigere den Ranghöheren zuerst grüßt, sofern es sich um Erweisung des SA-Grußes handelt, und daß im übrigen der jüngere dem älteren zuerst den Gruß bietet. Genau so ist es aber Pflicht der Begrüßten, in gleicher Weise korrekt zu danken.

Kabinettsumbildung in Oesterreich

Wien, 20. September. Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat infolge der Vorgänge der letzten Tage beschlossen, eine Umbildung seines Kabinetts vorzunehmen. Man kann sagen, daß die auf die Umbildung des Kabinetts bezüglichen Pläne so weit vorgeritten sind, daß sie schon in den nächsten Stunden zu einem Abschluß gelangen werden. Der Bundeskanzler will sein Kabinett in ein Kabinett der Persönlichkeiten umbilden, wobei noch zu erwähnen ist, daß die Mitglieder des Kabinetts, die Nationalräte sind, ihre Mandate niederlegen hervorzuheben ist, daß Dr. Dollfuß persönlich die gesamte Leitung der staatlichen Exekutive übernehmen wird. Dies läßt darauf schließen, daß dem kommenden Kabinett Sicherheitsminister Feig nicht mehr angehören dürfte.

Handels-Kurs

Beginn des nächsten Kurses

in

Buchführung - Korrespondenz
Handelslehre - Kaufm. Rechnen
Reichskurzschrift - Maschinenschreiben

am 2. Okt. 1933

Anmeldungen erbeten an

Isolde Gut - Nagold

Calwerstraße.

Reklame

ist gerade in den schwersten Zeiten

notwendig!

Bringen Sie sich oder Ihre Waren immer wieder in der weitverbreiteten

Schwarzwälder Tageszeitung
„AUS DEN TANNEN“

in Erinnerung und Sie werden sehen, daß Sie dabei gute Erfahrungen machen!

Woche SONDERNUMMER

Das dritte Reich

In bedeutsamen Aufsätzen der geistige Inhalt und die politische Idee

In vielen Bildern das neue Gesicht Deutschlands

Zu haben in der Preis 40 ⚡

Buchhandlung Lank

Altensteig und Nagold



Morgen von 9 Uhr ab feinste Tafeltrauben 2 Pfund 45 ⚡

Tomaten 10 Pfd. ⚡ 1.-

Zwetschgen 10 Pfd. ⚡ 1.30

feinste Spalierbirnen 10 Pfund ⚡ 1.80

Frau Rech.

Von 1. Absatz empfiehlt

roten Tiroler Dinkel

sowie

Weizen u. Roggen

Keller, Spielberg.

Osramlampen Sicherungen

kauft man bei

Heinrich Müller, Altensteig

Flaschnerel und Installationsgeschäft / Fernsprecher Nr. 226.

Heu

frisch und unbedregnet kauft frei Bahnhof gegen Barzahlung vom Erzeuger

J. G. Graf, Heu- und Strohverhandlung Bräunlingen bei Donaueschingen. Anfragen direkt an obige Adresse oder an J. Wurster, Altensteig.

Zur Anfertigung von

Verlobungs-Karten

und

Verlobungs-Briefen

sowie

Hochzeits-Karten

empfehl ich die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Altensteig

